

CONV 466/02

CONTRIB 176

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

des Sekretariats
für den Konvent

Betr.: **Beitrag von Herrn Jacob Söderman, Mitglied des Konvents:
„Dies Stellung des Europäischen Bürgerbeauftragten in der zukünftigen
Verfassung der Europäischen Union “**

Der Generalsekretär des Konvents hat den in der Anlage wieder gegebenen Beitrag von Herrn Jacob Söderman, Mitglied des Konvents.

Straßburg, den 12. Dezember 2002

Beitrag des Europäischen Bürgerbeauftragten für den Europäischen Konvent

“Die Stellung des Europäischen Bürgerbeauftragten in der zukünftigen Verfassung der Europäischen Union”

Die verschiedenen Verfassungsentwürfe für die Europäische Union, die in Umlauf gebracht worden sind, unterscheiden sich sehr wesentlich voneinander, was die Behandlung des Europäischen Bürgerbeauftragten betrifft. Diese Unterschiede scheinen mehr auf Unklarheit hinsichtlich der Rolle des Europäischen Bürgerbeauftragten im Rahmen der geltenden Verträge zurückzuführen zu sein als auf eine bewusste politische Entscheidung ihrer Verfasser. Der Zweck dieses Beitrags besteht darin, zu erklären, warum und an welcher Stelle der Europäische Bürgerbeauftragte in eine Verfassung aufgenommen werden sollte.

Warum sollte der Europäische Bürgerbeauftragte in die Verfassung aufgenommen werden ?

In den meisten Ländern werden die Existenz, die Unabhängigkeit und der Aufgabenbereich des Bürgerbeauftragten für ausreichend bedeutsam erachtet, um in der Verfassung erwähnt zu werden.

Die Einrichtung des Bürgerbeauftragten stellt einen der großen verfassungsrechtlichen Erfolge unserer Zeit dar. Sie hat auf allen Kontinenten und in mehr als 100 Ländern Einzug gehalten. Die Einrichtung wurde in Europa erfunden, und es gibt nunmehr in den meisten Mitgliedstaaten der Union und in jedem der zehn Staaten, die der Union im Jahre 2004 voraussichtlich beitreten werden, einen Bürgerbeauftragten.

Der Bürgerbeauftragte demonstriert die Verpflichtung auf die grundlegenden Werte der Union einschließlich der Demokratie, des Rechtsstaatsprinzips und der Achtung der Grundrechte

Viele Länder haben das Amt des Bürgerbeauftragten eingerichtet, als sie sich von Diktaturen befreiten, um ihre Verpflichtung auf die Demokratie, das Rechtsstaatsprinzip und die Achtung der Grundrechte zu demonstrieren. Dies war zum Beispiel in Portugal, Spanien und vielen der neuen Demokratien Osteuropas der Fall.

Der Bürgerbeauftragte spielt eine Schlüsselrolle in dem Prozess, die Union ihren Bürgern näherzubringen

Der Schaffung des Amtes eines Bürgerbeauftragten für die Europäische Union lag der Gedanke zugrunde, eine offenere, verantwortlichere und dienstleistungsorientiertere Verwaltung zu fördern, um dadurch die Beziehungen zwischen der EU-Verwaltung und den Bürgern zu verbessern.

An welcher Stelle sollte der europäische Bürgerbeauftragte in die Verfassung aufgenommen werden ?

(i) Der Teil der Verfassung, der dem institutionellen Aufbau der Union gewidmet ist, sollte den Europäischen Bürgerbeauftragten neben dem Wirtschafts- und Sozialausschuss und dem Ausschuss der Regionen erwähnen.

Begründung: Der Europäische Bürgerbeauftragte wurde durch den EG-Vertrag eingesetzt, ebenso wie der Ausschuss der Regionen und der Wirtschafts- und Sozialausschuss. Diese drei Einrichtungen wurden alle zusammen in der Erklärung von Laeken erwähnt, die ihnen Beobachterstatus im Konvent über die Zukunft Europas zuerkannte, so wie sie ihn bereits in dem Konvent innehatten, der die Charta der Grundrechte ausarbeitete.

(ii) Der Teil der Verfassung, der den Rechten der Bürger gewidmet ist, sollte das Recht, sich beim Bürgerbeauftragten zu beschweren, enthalten.

Begründung: Seit der Europäische Bürgerbeauftragte im Jahre 1995 seine Tätigkeit aufnahm, haben 11 000 Bürger von ihrem Recht auf Beschwerde Gebrauch gemacht. Die Institutionen haben ihre Leistung infolge der Untersuchungen des Bürgerbeauftragten verbessert, was zu einer offeneren, verantwortlicheren und dienstleistungsorientierteren Verwaltung geführt hat. Einzelheiten zur Arbeit des Europäischen Bürgerbeauftragten finden sich in einem neuen Ratgeber für Bürger mit dem Titel "Was kann der Europäische Bürgerbeauftragte für Sie tun ?"

(iii) Der parlamentarische Charakter des Bürgerbeauftragten sollte erwähnt werden, indem die Ernennung und die Kontrolle des Bürgerbeauftragten unter den verfassungsmäßigen Aufgaben des Europäischen Parlaments erwähnt werden

Begründung: Viele nationale Verfassungen sehen vor, dass das Parlament den Bürgerbeauftragten ernennt und kontrolliert, um dessen Unabhängigkeit zu garantieren.

Der Aufgabenbereich des Bürgerbeauftragten könnte – je nach der Gesamtstruktur der Verfassung – entweder in (i) oder (ii) aufgenommen werden.

Hintergrundinformation: Die geltenden Vertragsbestimmungen

Die den Europäischen Bürgerbeauftragten betreffenden Bestimmungen des EG-Vertrags wurden durch den Vertrag von Maastricht angefügt.

Gemäß Artikel 21 EG-Vertrag gehört das Recht, sich beim Europäischen Bürgerbeauftragten zu beschweren, zu den mit der Unionsbürgerschaft verknüpften Rechten.

Artikel 195 EG-Vertrag setzt den Europäischen Bürgerbeauftragten ein. Die Vorschrift enthält zwei Elemente mit verfassungsrechtlicher Bedeutung. Erstens sieht sie vor, dass das Europäische Parlament den Bürgerbeauftragten ernennt und kontrolliert. Zweitens beschreibt sie den Aufgabenbereich des Europäischen Bürgerbeauftragten, indem sie den Umfang der möglichen Untersuchungen bestimmt und festlegt, wer eine Beschwerde einlegen kann. Der Europäische Bürgerbeauftragte kann Missstände in der Tätigkeit der Organe und Institutionen der Gemeinschaft, mit Ausnahme des Gerichtshofs und des Gerichts erster Instanz in Ausübung ihrer Rechtsprechungsbefugnisse, untersuchen. Jeder Bürger und jede natürliche oder juristische Person mit Wohnort oder satzungsmäßigem Sitz in einem Mitgliedstaat hat das Recht, sich beim Europäischen Bürgerbeauftragten zu beschweren.

Artikel 41 EU-Vertrag erweitert Artikel 195 EG-Vertrag, indem er den Bereich der "dritten Säule" einschließt.

Der Aufgabenbereich des Europäischen Bürgerbeauftragten ist außerdem in Artikel 43 der Grundrechtecharta der EU dargelegt.